A16 Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Was unser Leben reicher macht: Kultur, Medien und Sport)

Antragsteller*in: LaVo

Antragstext

Kulturpolitik

Goethe, Bach und Bauhaus, Anna Amalia und Clueso – unser Land ist für seine reiche und lange kulturelle Tradition und Gegenwart bekannt. Unser Kulturbegriff gründet sich auf dem Respekt vor dem Selbstwert aller Menschen und auf der Bewunderung für die kulturelle Vielfalt dieser Welt – und unterscheidet nicht zwischen Sub- und Hochkultur. Wir erkennen den großen Wert der Kulturschaffenden für eine lebendige und friedvolle Gesellschaft. Wir setzen uns für ihre soziale und politische Sicherheit ein. Kunst und Kultur bringen Menschen zusammen, stärken den demokratischen Diskurs, stiften Identität und können die Angst vor der Globalisierung mindern. Sie sind keine Dekoration, sondern gehören ins Zentrum der Gesellschaft. Kunst und Kultur bilden den Resonanzraum für unser politisches und gesellschaftliches Denken und Handeln. Die Freiheit der Kunst ist für uns nicht verhandelbar. Für all das bedarf es verlässlicher und auskömmlicher finanzieller Unterstützung seitens des Landes für die ganze Breite der Thüringer Kulturlandschaft.

Wir wollen die Kultur in den Kommunen zukunftsfest machen.

Bibliotheken, Theater und Orchester, Musikschulen, Jugendkunstschulen, sakrale Gebäude, Schlösser und Burgen, Museen und Galerien - das sind nicht nur Gebäude. Es sind wichtige Orte und Räume, um Bildung zu fördern, Identität zu stärken, Gesellschaft zusammenzuhalten und die Regionen lebenswert zu erhalten.

Zurzeit sind kulturelle Leistungen der Kommunen als freiwillige Leistungen nicht vor gravierenden Kürzungen geschützt. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen ein Thüringer Kulturfördergesetz, um Kulturangebote nicht immer wieder grundlegend zur Diskussion zu stellen. Dies benötigt eine intensive Debatte zwischen den Kulturschaffenden, die wir führen wollen und werden.

Wir wollen die Breitenkultur, Soziokultur, Freie Szene und die kulturelle Bildung stärken. Dabei dürfen die strukturell geförderten großen Kulturinstitutionen nicht gegen die projektbezogene Kulturszene ausgespielt werden – beide müssen ausgewogen gefördert werden. Selbst bei länderübergreifenden Bundeszuschüssen wie etwa für die Sanierung der Thüringer Schlösser darf die notwendige Kofinanzierung aus Landesmitteln nicht zulasten des übrigen Kulturetats gehen. Die Freie Szene steht oft für besondere Experimentierfreude und künstlerische Innovation. Ihre Arbeitspraxis führt meist zu einem anderen Blickwinkel auf die Kunst und ist somit von unschätzbarem Wert. Uns geht es um einen angemessenen Leistungsausgleich, der Anreize zur Kooperation schafft. Dank der neu gestalteten Thüringer Kulturstiftung wird die kulturelle Projektförderung für die Freie Szene und die Soziokultur transparenter vergeben. Kulturförderung muss für uns BÜNDNISGRÜNE fair, nachhaltig, dezentral, gendergerecht, partizipativ und barrierefrei sein und eine Gesellschaft der Vielen im Blick haben. Entscheidungsstrukturen – sei es in der Landesverwaltung, in Stiftungen oder Jurys – wollen wir gendergerecht besetzen. Kulturvereine sollen in Zukunft bei der Beantragung von Landes- und

Bundesfördermitteln kompetenter beraten und unterstützt werden. Förderausschreibungen sollten niedrigschwellig und möglichst zweisprachig zugänglich sein. Das Projektmanagerprogramm wollen wir in seiner Wirksamkeit evaluieren und bei Bedarf aufstocken und den Förderzeitraum auf bis zu drei Jahre verlängern. Bei der Mittelvergabe durch das Land soll stärker honoriert werden, wenn Projekte neben öffentlicher Förderung auch Mittel aus der Wirtschaft einwerben, denn Unternehmen können und sollen trotz ihrer privatwirtschaftlichen Ausrichtung zu einem vielfältigen und anspruchsvollen Kulturleben beitragen.

Gute, vielfältige Kulturangebote auch im ländlichen Raum: Dass das geht, haben die Erarbeitung und Umsetzung von Kulturentwicklungskonzeptionen für die Regionen Hildburghausen-Sonneberg und Nordhausen-Kyffhäuserkreis gezeigt. Wir unterstützen solche Konzeptionen für alle interessierten Regionen in Thüringen. Soziokulturelle Zentren in den ländlichen Regionen bieten ein Dach für generationsübergreifende Kultur- und Bildungsangebote. Wir wollen diese Zentren gezielt fördern und die Sichtbarkeit ihrer Angebote zum Beispiel mit Hilfe von Kampagnenunterstützung erhöhen. Der Kulturaustausch zwischen Stadt und Land muss ebenso gefördert werden wie der internationale Austausch. Wir denken Kunst nicht allein in regionalen Kategorien. Der Anschluss an internationale Diskurse sowie Impulse internationaler Künstler*innen sind auch für die Thüringer Szene eine Bereicherung. Der Gegensatz zwischen der Städtekette und den umliegenden Regionen manifestiert sich in Thüringen auch kulturell. Kulturförderung hat dafür zu sorgen, dass in allen Regionen Thüringens der Zugang zu Kulturangeboten sowie künstlerischer Betätigung erhalten bleibt.

Das Bundesprogramm der Kulturagenten, bei dem Künstler*innen projektbezogen mit Schüler*innen arbeiten, ist ein Erfolg. Wir planen, es weiter zu verstetigen, endlich zu entfristen und so vielen Schulen in Thüringen wie möglich zugänglich zu machen. Die Zusammenarbeit von Schulen mit Jugendkunst- und Musikschulen sowie mit ortsansässigen Kultureinrichtungen wie Theatern, Orchestern und Museen soll durch die Kulturagenten ausgebaut, gefördert und besser vernetzt werden.

Die Vielfalt der Kultur- und Bildungseinrichtungen landauf, landab sind ein Reichtum, den es unbedingt zu bewahren gilt. Wir BÜNDNISGRÜNE machen uns dafür stark, dass Kinder und Jugendliche die Thüringer Museen kostenfrei besuchen können und die Museumskonzepte stärker als bisher auch junge Besucher*innen in den Blick nehmen. Lokal erfolgreiche Ausstellungskonzepte, die neben der Tradition vor allem auch die kritische Auseinandersetzung mit der Gesellschaft in Gegenwart und Zukunft abbilden, wollen wir von Landesseite weiter fördern. Das Volontariatsprogramm der Museen hat sich bewährt und muss fortgesetzt werden.

Die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus sowie die stets neue Vergewisserung über die daraus zu ziehenden Konsequenzen gehören für alle Zeiten zur gesellschaftlichen Kernaufgabe der deutschen Kulturpolitik. Wir wollen darüber hinaus aber auch den Blick für die europäische, insbesondere die deutsche Kolonialgeschichte schärfen. Hierzu zählt für uns GRÜNE auch die Förderung von künstlerischen und nichtkünstlerischen Projekten zur Zeitgeschichte. Auch Thüringen hat zum Beispiel mit der NS-Rasseforschung an der Universität Jena oder der „Kolonial- und Völkerschau“ in Johannistal bei Eisenach ein schweres historisches Erbe. Dies muss wissenschaftlich und in der künstlerischen Praxis aufgearbeitet werden. In den nächsten Jahren muss im

Rahmen der Provenienzforschung zudem ein Schwerpunkt von Kulturpolitik sein, dass die ehemaligen Kolonialstaaten das Unrecht der kolonialen Ausbeutung, das sich zum Beispiel auch im Raub von Kulturgütern dokumentiert, anerkennen und darüber eine selbstkritische Auseinandersetzung auf Augenhöhe mit den Staaten führen, die ihrer Schätze beraubt wurden. Zu einer Aufarbeitung der Kolonialgeschichte gehört die Anerkennung des Völkermordes an den Herero und Nama. Wir werden die Bundesregierung auffordern, hier ihrer Verantwortung nachzukommen. Gräuel in der Geschichte können nicht totgeschwiegen werden. Straßennamen und öffentliche Orte, deren Namen den deutschen Kolonialismus verharmlosen oder Menschen würdigen, die mit Verbrechen im Kolonialismus in Verbindung stehen, sollen partizipativ umbenannt werden. Hierfür soll die Landesregierung mit Expertise zur Seite stehen und einen Fonds einrichten, der die Kommunen bei Umbenennungen unterstützt.

Wir fordern eine sinnvolle Neuordnung der Stiftungsstrukturen für die Thüringer Schlösser und Gärten im Zuge der Neugründung einer mitteldeutschen Schlösserstiftung, um kostenintensive Doppelstrukturen zu vermeiden. Dabei erwarten wir einen transparenten und partizipativen Entscheidungsprozess.

Die gemeinsam mit den Bibliotheken erarbeitete Entwicklungsplanung ist die Grundlage für ein breites Bibliotheksangebot im ganzen Land, die auch nach 2020 fortgeschrieben werden muss. Wir wollen den Kommunen über ein Zwei-Säulen-Finanzierungsmodell mit festen Zuschüssen einerseits und der Förderung innovativer Ansätze andererseits mehr Spielraum bei der Förderung der Bibliothekslandschaft geben. Zudem sollen die Anschaffung von und der Zugang zu digitalen Angeboten wie zum Beispiel über die Thüringer Onlinebibliothek ThüBIBnet weiter verbessert werden.

Die überwiegend kommunal getragenen Musikschulen leisten einen immens wichtigen Beitrag für die musikalische Bildung von Kindern und Erwachsenen. Doch immer noch sind nur ein Drittel der Beschäftigten an Musikschulen fest angestellt, das Gros der hochqualifizierten Lehrkräfte arbeitet ungenügend abgesichert und viel zu schlecht bezahlt auf Honorarbasis. Wir sehen sowohl das Land als auch die Kommunen und Landkreise in der Verantwortung, den Anteil der festangestellten Musiker*innen zu erhöhen, um diese wichtige Arbeit mit Kindern pädagogisch langfristig abzusichern. Die von Landesseite geplante institutionelle Förderung durch das Land ab 2020 sollte an diese Bedingung geknüpft werden. Die bisher dreizehn Jugendkunstschulen in Thüringen sind Orte des Experimentierens und Ausprobierens - Orte der künstlerisch-kulturellen Teilhabe, die Orientierung geben, die neue (Bildungs-)Welten eröffnen und die Persönlichkeit des Einzelnen stärken. Wir wollen all diese kulturellen Bildungsinstitutionen finanziell verlässlich ausstatten, sodass sie ihrer gesellschaftlichen Aufgabe nachkommen können.

Im Bereich der künstlerisch-kreativen Hochschulbildung fehlen in Thüringen die darstellenden Künste. Wir möchten den Anstoß zur Gründung einer International Academy of Performing Arts anregen, die eng mit den Thüringer Theatern zusammenarbeitet. Diese soll durch ihre soziale und kreative Struktur attraktiv für Talente aus der ganzen Welt sein und sich flexibel und offen gegenüber den Erfordernissen der globalisierten Welt, ihren künstlerischen Entwicklungen und sozialen Verhältnissen zeigen.

Mit der Theaterperspektive 2025 hat die rot-rot-grüne Landesregierung einen wichtigen Schritt hin zu einer langfristigen Absicherung der gewachsenen Theater- und Orchesterlandschaft Thüringens gemacht. Wir BÜNDNISGRÜNE fordern daran anknüpfend, dass diese Verträge mit den Kommunen verstetigt werden. Wir wollen einschränkende Haustarife unterhalb der allgemeinverbindlichen Theater-Tarifverträge durch eine Erhöhung der Mittel nach und nach überflüssig machen, um kreative Köpfe in Thüringen zu halten. Darüber hinaus wollen wir eine Debatte über die Sozial- und Familienverträglichkeit von Beschäftigungsverhältnissen, Hierarchien und Gleichberechtigung an Theatern führen.

Für vom Land geförderte Projekte und Institutionen müssen bei Ausstellungsprojekten Mindesthonorare verbindlich gelten. Wie in anderen Bereichen auch, mindern ökonomischer Druck und Unsicherheit die Produktivität von Künstler*innen. Anstelle von kurzfristigen Projektförderungen, schlecht bezahlten Stipendien und Residenzen müssen für Bildende Künstler*innen Fördermodelle entwickelt werden, die mehr Künstler*innen eine langfristige Existenz ohne materielle Not ermöglichen. Thüringens wichtigste Produzentenmesse für zeitgenössische Kunst „artthuer“, die alle zwei Jahre vom Verband Bildender Künstler veranstaltet wird, wollen wir erhalten, inhaltlich weiterentwickeln und auch im Zwischenjahr personell unterstützen. Die Förderrichtlinie „Kunst am Bau“ wollen wir wieder stärker in Thüringen verankern und bei landeseigenen Bauvorhaben offene Wettbewerbe dafür verbindlich machen. Mitunter helfen Künstler*innen durch kreative Angebote, alten Industriebrachen mit coolen Clubs, alternativen Galerien, soziokulturellen Freiräumen oder preiswerten Atelierhäusern neues Leben einzuhauchen und so zur Wiederbelebung verlassener urbaner Räume beizutragen. Solche Ideen soll das Land mit geeigneten Förderprogrammen unterstützen und ausweiten.

Für unabhängige Medien und den Erhalt der Meinungsvielfalt

Demokratie ohne Pressefreiheit und unabhängige Medien ist undenkbar. Den fortschreitenden Konzentrationsprozess auf dem Thüringer Zeitungsmarkt sehen wir darum mit Sorge. Die offene Gesellschaft braucht gerade im Lokalen und Regionalen eine informierte Öffentlichkeit. Vor diesem Hintergrund stehen wir klar zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und auch zum Rundfunkbeitrag. Seriöse Informationen und kulturellanspruchsvolle Inhalte werden in einer zunehmend fragmentierten Medienwelt mehr denn je gebraucht. Wir sehen aber auch die Verantwortung, die damit für die Programm-Macher*innen verbunden ist. Wir unterstützen darum den öffentlich-rechtlichen Rundfunk darin, noch klarer als bisher Prioritäten zu setzen: gegen Quotendenken, für Qualität, Kreativität und Zuverlässigkeit. Und nicht zuletzt ist die Pressefreiheit auch in Thüringen durch populistische Stimmungsmache unter Druck. Wir sind solidarisch mit allen kritischen Journalist*innen, die mit Hassbotschaften, Ressentiments und Verschwörungstheorien konfrontiert sind.

Für uns BÜNDNISGRÜNE nehmen Bürger*innenmedien in Thüringen – ob Campusradio, offener Kanal oder Freifunkinitiative - eine herausragende Stellung ein. Hier können sich Menschen künstlerisch oder journalistisch einbringen, sich selbst als Urheber*in von kulturellen Werken erfahren und ihre eigenen Themen unkompliziert in die Öffentlichkeit bringen. Im Bereich der Medienbildung sind Bürger*innenmedien ein Hotspot für vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten breiter Bevölkerungsschichten und generieren dadurch eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz. Was das Bürger*innentheater für den darstellenden Bereich ist, sind

Bürger*innenmedien für den gesamten Medien-Bildungsbereich - eine im weitesten Sinne soziokulturelle Schnittstelle, deren Erhalt und Ausbau durch die Politik professionell abgesichert werden muss. Aufgrund ihrer Struktur - nichtkommerziell ausgerichtet, meist von Vereinen getragen und oft mit rein lokalen Verbreitungsgebieten - sind Bürger*innenmedien mit besonderen Herausforderungen und gerade mit Blick auf die zunehmende Digitalisierung in den kommenden Jahren mit hohen Kosten konfrontiert. Wir machen uns dafür stark, dass dieser Übergang durch professionelle Begleitung und finanzielle Unterstützung gelingt. Bürger*innenmedien als aktive soziokulturelle Beteiligungsorte sollen sowohl im städtischen als auch ländlichen Thüringer Kontext weiterhin entstehen und gezielte finanzielle Unterstützung des Landes erfahren.

Für ein sport– und bewegungsfreundliches Thüringen

Knapp 3.500 Sportvereine in Thüringen bieten vieles, was Herz, Hirn und Seele gut tut. Über 367.000 Menschen sind in diesen Vereinen organisiert. Jede*r zweite Thüringer*in treibt regelmäßig Sport, ob im Kindergarten, in der Schule, im Verein oder ganz individuell. Von Aikido und Lacrosse bis Fußball und Wandern ist alles dabei. Sport hält gesund und stärkt das Miteinander, befördert Zusammenhalt und Integration. Besonders unter dem gesundheitlichen Aspekt und angesichts zahlreicher übergewichtiger Menschen jeden Alters in Thüringen braucht es jegliche Unterstützung und Förderung von sportlichen Angeboten. Alle Menschen sollen nach ihren Wünschen Sport machen können, ob allein oder im Verein, im Fitnessstudio, in den Bergen, im Schwimmbad oder im Park. Dazu braucht es intakte Sportstätten, gute Infrastruktur und vor allem die Arbeit von vielen Freiwilligen. Wir wollen die Arbeit der Vereine als wichtige Pfeiler der Zivilgesellschaft weiter finanziell absichern und die Arbeit der Ehrenamtlichen erleichtern. Sie haben unsere große Wertschätzung. Doping im Sport werden wir aktiv entgegentreten. Dafür werden wir mit den Akteur*innen des organisierten Sports, ehrenamtlich Tätigen und Antidopingexpert*innen eine Beratungs- und Aufklärungsstruktur erarbeiten.

Die Sportstätten in den Händen von Vereinen und Kommunen sind das Rückgrat des Sports, die, sofern sie der Allgemeinheit nutzen, zu erhalten sind. Kommunen und Vereine werden wir dabei unterstützen, Gelegenheiten für den Sport wohnortnah weiter zu fördern, damit die Menschen Fitness und Bewegung in ihren Alltag integrieren können. Sanierungen sowie Um- und Neubauten von Sportstätten sind Investitionen in die Zukunft. Ökologische, landschaftsangepasste sowie naturverträgliche Lösungen sollten dabei auch deshalb zum Tragen kommen. Mit dem novellierten Thüringer Sportfördergesetz haben wir die richtigen Weichen gestellt. Wir setzen auf ein höheres Tempo bei der energetischen Sanierung bestehender Anlagen und unterstützen die Strom- und Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien. Bei Sport(groß)veranstaltungen setzen wir auf die Vorbildwirkung des Sports und unterstützen Umweltkonzepte für eine klimaneutrale Versorgung, eine nachhaltige Mobilität und wirksame Konzepte zur Müllvermeidung. Die Planung solcher Veranstaltung kann nur mit Beteiligung der Menschen vor Ort geschehen.

Bei der Modernisierung von Spitzensportstätten, insbesondere in Oberhof, sind ökologische Kriterien und nachhaltige ganzjährige Nutzungskonzepte für uns BÜNDNISGRÜNE ein absolutes Muss. Eingriffe in den Landschafts- und Naturhaushalt sind zu vermeiden. Die globale Erwärmung macht vor den Mittelgebirgslagen in Thüringen keinen Halt. Daher ist auch der Sportstandort Oberhof nur mit einem

Ganzjahreskonzept zukunftsfähig. Investitionen, die der alleinigen Ausrichtung auf Wintersport dienen, sind weder ökologisch noch ökonomisch nachhaltig und daher mit uns BÜNDNISGRÜNEN nicht zu machen.

Besonders beim Behindertensport und der Integration von Geflüchteten kommt dem Sport eine herausragende Bedeutung zu. Für eine auskömmliche sowie bedarfsgerechte Finanzierung erhalten die Anbieter*innen unsere volle Unterstützung.

Wenn Fair Play ernst gemeint und gelebt wird, finden Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Diskriminierung und Gewalt keinen Platz im Sport. Das muss sich auch in einer demokratischen Fankultur zeigen, die für uns Teil und Ausdrucksform einer lebendigen Zivilgesellschaft ist. Damit das so bleibt, wollen wir selbstorganisierte Fanprojekte stärken.

Im Sport begegnen sich unterschiedliche Menschen, die Verantwortung in der Zivilgesellschaft tragen. Wir wollen dafür Weiterbildungs- und Beratungsangebote stärken. Im Mittelpunkt stehen dabei Dialog, Beratung und Vernetzung.

Angesichts der vielen Menschen, die sich für den Sport engagieren, wollen wir einen „sauberen“, dopingfreien und fairen Spitzensport ohne Korruption, Spielmanipulation und sexualisierte Gewalt. Das kann nur durch die Vorbildwirkung des organisierten Sports und seiner Verbände erfolgen, die eine Beschäftigung von in diesen Bereichen belasteten Trainer*innen und Funktionär*innen unterbindet.